

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 4

Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1951

Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept

**Revision der bisherigen Wirtschaftspolitik unter dem
Gesichtspunkte der Steigerung der Produktivität**

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Herausgeber

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wien 1951

Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Verantwortlich:
Dr. Franz Nemschak Alle: Wien I Wipplingerstraße 34

Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung der Carl Ueberreuterschen Buchdruckerei und
Schriftgießerei Wien IX Alser Straße 24

Druck von Carl Ueberreuter in Wien

Gliederung

	Seite
Die Labilität der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage	6
Preissenkungsaktion verschafft Atempause	6
Unvermindert starke Auftriebskräfte	7
Tiefere Gründe der gegenwärtigen Spannungen	8
Der entscheidende Einfluß der Interessenverbände auf die Wirtschafts-	
politik	9
Trotz „erfolgreicher“ Durchsetzung von Gruppeninteressen gesamt-	
wirtschaftlich unbefriedigendes Ergebnis	10
Unzufriedenheit der Arbeiter; die Politik der Fiktionen rächt sich	12
Unbehagen der Unternehmer	14
Der Ruf nach einem gesamtwirtschaftlichen Konzept	15
Gedanken zu einer neuen Wirtschaftspolitik	15
Übereinstimmung über die Ziele: Unabhängigkeit, befriedigender	
Lebensstandard, hohe Beschäftigung	15
Hauptpunkte des gesamtwirtschaftlichen Konzeptes	17
Währung, Beschäftigung, Budget, Steuerpolitik, Verwaltungs-	
reform, Investitions- und Kreditpolitik, Außenhandel, Landwirt-	
schaft, Lohnpolitik, Wettbewerbsverhältnisse	
Ergebnis: Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der bisherigen,	
im Grunde produktivitätsfeindlichen Wirtschaftspolitik	
Konzipierung und Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik, die	
dem Gedanken der gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts-	
steigerung Rechnung trägt	32
Zur Ausarbeitung und Durchsetzung des gesamtwirtschaftlichen Konzeptes	33

Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept

**Revision der bisherigen Wirtschaftspolitik unter dem Gesichtspunkte
der Steigerung der Produktivität**

von

Dr. Franz Nemschak

Vortrag gehalten vor den Mitgliedern und Gästen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung am 20. November 1951 in Wien (Mozartsaal Konzerthaus)

Meine Damen und Herren!

Ich werde in meinem Vortrage versuchen, die wirtschaftliche Situation Österreichs objektiv zu beleuchten. Ich werde Sachverhalte feststellen und diese zu erklären trachten, in der Überzeugung, daß es ohne Kenntnis und Verständnis der wirklichen Zusammenhänge nicht möglich ist, konstruktive Lösungen zu finden. Ich schätze mich glücklich, in einem Lande zu leben, in dem die Wissenschaft nicht dazu verurteilt ist, die jeweils offizielle Version der Regierung oder den Standpunkt mächtiger Interessengruppen „wissenschaftlich“ zu begründen, sondern beauftragt und verpflichtet ist, unberührt von Lob und Tadel, die Wahrheit zu suchen und ihre Erkenntnisse offen darzulegen.

Die Labilität der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage

Ist es nicht bedenklich, daß unsere Wirtschaft nach drei Währungsoperationen (Schaltergesetz, Schillinggesetz, Währungsreform) und fünf Preis-Lohn-Abkommen von einer Stabilität weiter denn je entfernt scheint, obwohl seit 1947 die Industrieproduktion mehr als verdreifacht, die Produktivität verdoppelt, der Export vervierfacht wurde, und obwohl in dieser Zeit ungefähr 1.200 Millionen Dollar, d. s. zum Normalkurs gerechnet, mehr als 25 Milliarden Schilling, in Form von Nahrungs- und Futtermitteln, Rohstoffen und Maschinen, ohne jede Gegenleistung in unsere Wirtschaft gepumpt wurden, mit der einzigen Aufgabe, die Hilfe vernünftig zu verwenden?

Preissenkungsaktion verschafft Atempause

Wir stünden heute wahrscheinlich schon wieder inmitten einer heftigen Preis-Lohn-Lizitation, wenn nicht verantwortungsbewußte Vertreter der Industrie vor wenigen Wochen die Initiative zu einer *Preissenkungsaktion* ergriffen hätten, und wenn nicht auf der anderen Seite auch die Repräsentanten der Arbeitnehmer die Situation erkannt und erklärt hätten, von allen Lohnforderungen vorläufig Abstand zu nehmen.

Es war höchste Zeit. Der Index der Lebenshaltungskosten ist von Mitte September bis Mitte Oktober um rund 45% gestiegen. Die Erhöhung der Mieten und einiger Gebühren der Gemeinde Wien macht weitere 2% aus. Vor Weihnachten ziehen verschiedene Preise saisonbedingt an, und gleichzeitig wird vor den Feiertagen auch die kaufkräftige Nachfrage durch die Auszahlung von Remunerationen gestärkt.

Im Zuge der Preissenkungsaktion sind bereits zahlreiche Preise um durchschnittlich 5% gesenkt worden. Die Bremswirkung dieser Aktion und ihr Einfluß auf die Lebenshaltungskosten sollte nicht überschätzt werden. Aber sie ist zweifellos eine nützliche *Demonstration des guten Willens*, die auch andere Wirtschaftszweige zur Besinnung rufen könnte. Viel hängt davon ab, ob unsere Wirtschaftspolitik die *Atempause*, die ihr durch die Preissenkungsaktion verschafft wird, für die Vor-

bereitung wirklich grundlegender Maßnahmen und Reformen ausnützt.

Unvermindert starke Auftriebskräfte

Tatsächlich ist unsere Preis-Lohn-Situation aus verschiedenen Gründen äußerst labil. Eine der Gefahrenquellen ist das *Budget*. Der ordentliche Haushalt für das Jahr 1952 ist nur unter der Annahme annähernd ausgeglichen, daß durch die Erhöhung der Gütertarife das Defizit der Bundesbahnen um rund 1 Mrd. S verringert werden kann. Sollte diese Mehreinnahme wirklich erzielt werden, was noch keineswegs sicher ist, so kann dies nur auf Kosten der Wirtschaft geschehen, die ihrerseits wieder versuchen wird, die Mehrbelastung auf die Preise abzuwälzen. Im Budget sind weiters für Importsubventionen nur 700 Mill. S vorgesehen, während für das ganze Jahr rund 12 Mrd. S nötig sind. Wir werden spätestens im Sommer nächsten Jahres neuerdings vor der Frage stehen, ob wir die Importstützungen für Lebensmittel abbauen und die Lebenshaltungskosten verteuern, oder lieber ein Budgetdefizit, mit seinen Rückwirkungen auf die Währung, in Kauf nehmen sollen.

Auch das Problem der *Agrarpreisrelationen* ist nach wie vor ungelöst. Die Überschreitung der amtlichen Höchstpreise für Fleisch verleitet die Landwirte unvermindert dazu, Getreide und Kartoffeln zu verfüttern.

Schließlich müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, welche Auswirkungen das Versiegen der *Austandshilfe* auf unsere Gesamtwirtschaft haben wird. Wir werden im letzten Marshall-Plan-Jahr voraussichtlich noch 120 bis 130 Mill. \$ erhalten. Insgesamt wird die Marshall-Plan-Hilfe für Österreich damit rund 920 Mill. \$ oder rund 20 Mrd. S betragen. Das ist ungefähr viermal so viel wie die Völkerbundanleihe, mit der Österreich nach dem ersten Weltkriege saniert worden ist. (Die Völkerbundanleihe im Jahre 1923 hatte 650 Mill. Goldkronen betragen, d. s. 235 Mill. \$, Wert 1951.)

Wir haben uns so sehr daran gewöhnt, jährlich mehrere hunderttausend Tonnen Brot- und Futtergetreide, einige Millionen Tonnen Kohle, große Mengen Rohstoffe und verschiedene moderne

Maschinen und Industrieausrüstungen im Rahmen der ERP-Hilfe zu erhalten, daß wir förmlich konsterniert waren, als uns vor einigen Wochen mitgeteilt wurde, die uns gewährte ERP-Hilfe werde im letzten ERP-Jahre vielleicht nur noch 100 Mill. \$ betragen.

Ich will nicht sagen, daß wir uns bisher nicht bemüht hätten, das *Defizit unserer Zahlungsbilanz* zu verkleinern. Ich stelle nur fest, daß wir noch bei weitem nicht imstande sind, unsere Zahlungsbilanz aus eigenen Kräften auszugleichen. Die starke Preis-Lohn-Dynamik seit Ausbruch des Korea-Konfliktes — die Lebenshaltungskosten sind in dieser Zeit in Österreich um 50%, in England und Deutschland aber nur um 11%, in den USA um 9% und in der Schweiz sogar nur um 7% gestiegen — hat das innerösterreichische Preisniveau über das vieler anderer Länder hinausgetrieben. Viele österreichische Fertigwaren sind heute doppelt so teuer wie auf dem Weltmarkte. Es ist bezeichnend, daß unser Export an Fertigwaren im ersten Halbjahr 1951 nur zwei Drittel von 1937 betrug und weiterhin eine sinkende Tendenz zeigt, während in der gleichen Zeit das Exportvolumen der konjunkturell begünstigten Rohstoffe und Halbwaren den Stand von 1937 bereits bedeutend überstiegen hat. Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß im Zusammenhang mit einer Entspannung der weltpolitischen Lage, die wir alle von Herzen wünschen, die Sonderkonjunktur für Eisen und Stahl, Holz und Papier, die gegenwärtig fast die Hälfte (45%) unserer Ausfuhr bestreiten, aufhört, und wir genötigt sein werden, unter schärfsten Wettbewerbsbedingungen unser Exportvolumen nicht nur zu halten, sondern noch beträchtlich zu steigern, um unsere Zahlungsbilanz ohne Hilfe des Auslandes auszugleichen.

Tiefere Gründe der gegenwärtigen Spannungen

Angesichts dieser Fülle ungelöster Probleme, die ich nur ganz kurz angedeutet habe, ist es verständlich, daß in breiten Schichten unserer Bevölkerung, und zwar in allen Lagern, tiefes Unbehagen und Unsicherheit herrschen. Es dämmert in unserem Bewußtsein auf, daß wir bisher allzu sorglos aus dem Milliarden-

topf der ERP-Hilfe geschöpft haben und den eigentlichen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, die mit dem Wiederaufbau und der Sanierung einer Wirtschaft nun einmal verbunden sind, immer wieder aus dem Wege gegangen sind. Man fühlt instinktiv, daß unsere Wirtschaftspolitik auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen darf. Ein sechstes Preis-Lohn-Abkommen würde unser ohnehin labiles Budget sprengen, den geltenden Wechselkurs völlig unhaltbar machen und dem chronischen Geldwertverfall, unter dem wir seit Jahr und Tag leiden, einen neuen Auftrieb geben.

Was sollen wir nun aber wirklich tun, um aus unserer fatalen Lage herauszukommen?

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich, bevor ich diese Frage zu beantworten versuche, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Sachverhalt lenke, der nicht nur, wie ich glaube, den Schlüssel zum tieferen Verständnis unserer gegenwärtigen Spannungen bildet, sondern uns auch einen Ansatzpunkt gibt, unser Dilemma zu überwinden.

Wir dürfen nicht bei der Betrachtung der Oberfläche der Erscheinungen stehenbleiben und für die gegenwärtige unbefriedigende wirtschaftliche Situation einfach die fünf Preis-Lohn-Abkommen und die nicht genügend konsequent durchgeführten Währungsmaßnahmen verantwortlich machen. Wir müssen vielmehr einen Schritt weitergehen und uns klar werden, daß diese für die Entwicklung unserer Wirtschaft entscheidenden Gesetze und Vereinbarungen ja selbst nur Produkte einer bestimmten politischen Konstellation sind.

Der entscheidende Einfluß der Interessenverbände auf die Wirtschaftspolitik

Unsere Wirtschaftspolitik wurde nach 1945 entscheidend durch den Umstand beeinflusst, daß die Souveränität unserer Regierung auch in wirtschaftlichen Fragen lange Zeit empfindlich beschränkt war. (Bekanntlich ist uns auch heute noch das Verfügungsrecht über wesentliche Teile unseres Volksvermögens entzogen.) Während die staatliche Wirtschaftsverwaltung infolge der Demarkationslinien und aus anderen Gründen nur langsam auf-

gebaut werden konnte, gelang es den regional verankerten *Interessenverbänden*, nicht zuletzt dank der Initiative starker Persönlichkeiten, viel rascher, schlagkräftige Organisationen zu bilden. Als im Jahre 1947 Preise und Löhne die schwachen Barrieren der staatlichen Bewirtschaftung und Preis-Lohn-Kontrolle durchbrachen und das Chaos einer wilden Inflation drohte, schalteten sich die drei Wirtschaftskammern und der Gewerkschaftsbund hinter denen starke reale Kräfte standen, unter der Bezeichnung „Wirtschaftskommission“ entscheidend in unsere Wirtschaftspolitik ein.

Trotz „erfolgreicher“ Durchsetzung von Gruppeninteressen gesamtwirtschaftlich unbefriedigendes Ergebnis

Diese mächtigen Interessenverbände der Unternehmer, Bauern und Arbeiter, zu denen etwas später noch das Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe kam — diese sind in Österreich ein Machtfaktor ersten Ranges —, haben in den vergangenen Jahren faktisch unsere Wirtschaftspolitik bestimmt, mögen auch die formalen Beschlüsse jeweils von Regierung und Parlament gefaßt worden sein.

Diese starken Organisationen und Verwaltungskörper haben in allen Verhandlungen die Interessen ihrer Mitglieder und ihres Ressorts mit größter Zähigkeit vertreten und in kritischen Augenblicken ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen.

Arbeiterkammer und *Gewerkschaftsbund* haben beim ersten Preis-Lohn-Abkommen für die Lohn- und Gehaltsempfänger Nominallöhne durchgesetzt, die weit über das damals zu legalen Preisen verfügbare Sozialprodukt hinausgingen. Sie haben bei den folgenden Preis-Lohn-Abkommen in schwierigen Verhandlungen immer wieder erreicht, daß alle Lasten, die mit den Abkommen verbunden waren, durch entsprechende Lohnerhöhungen scheinbar abgegolten wurden. Im fünften Preis-Lohn-Abkommen haben sie sogar Lohnerhöhungen erzwungen, in denen bereits die zu erwartenden sekundären Preisreaktionen vorweg eingerechnet waren. (Ich gehe im Augenblick nicht auf die ökonomischen Konsequenzen dieser Politik ein.)

Nicht weniger erfolgreich, wenn auch auf kompliziertere und weniger durchsichtbare Art, operierten die *Kammern für Landwirtschaft*. Sie gaben sich vorübergehend und fallweise mit offiziell relativ niedrigen Agrarpreisen zufrieden. Auf der anderen Seite aber setzten sie durch, daß die Bauern verbilligte Futter- und Düngemittel bezogen und ausgiebige Subventionen erhielten. Die Landwirtschaft zahlt auch sehr wenig Steuern. Ihr Anteil am gesamtösterreichischen Steueraufkommen ist bedeutend geringer als der am Volkseinkommen. Nicht zuletzt war es unseren Landwirten immer wieder möglich, einen mehr oder minder großen Teil ihrer Erzeugnisse auf dem Schwarzen Markt zu bedeutend höheren Preisen zu verwerten. (Auch hier will ich nicht kritisieren, sondern nur tatsächliche Verhältnisse offen darlegen.)

Die *Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft* zog bei allen Preis-Lohn-Abkommen scheinbar den kürzeren. In Wirklichkeit aber konnten die gewerblichen Unternehmer die ihnen im ersten Gang zugemuteten Lasten in Form höherer Preise abwälzen. Die Bundeskammer setzte auch durch, daß die aus der Kriegswirtschaft übernommenen Bewirtschaftungs-, Lenkungs- und Preisregelungsvorschriften weitgehend abgebaut blieben.

Schließlich hat auch der Repräsentant der *verstaatlichten Betriebe und des öffentlichen Verkehrs* die Interessen seines Ressorts und seines riesigen Industriekonzerns bestens gewahrt, indem er sich bei der Verwendung von Budget- und ERP-Mitteln und bei der Festsetzung von Preisen und Tarifen mit ganzem Nachdruck durchzusetzen verstand.

Die Exponenten der Interessengruppen waren also, von ihrem Standpunkt aus, scheinbar erfolgreich. Halten wir uns jedoch unsere *gesamtwirtschaftliche Situation* vor Augen, so müssen wir erkennen, daß die Durchsetzung von Gruppeninteressen noch keineswegs das Wohl der Gesamtwirtschaft und des Staates gewährleistet. Im Gegenteil. Die kurzfristig so erfolgreich vertretenen Arbeiter und Unternehmer müssen nun mehr und mehr erkennen, daß sich eine Politik, die ihr Hauptaugenmerk auf die Verteilung des Sozialproduktes richtet und das gemeinsame wirtschaftspolitische Ziel, das Sozialprodukt zu steigern, vernachlässigt, auf längere Sicht auch an ihnen bitter zu rächen beginnt.

Unzufriedenheit der Arbeiter; die Politik der Fiktionen rächt sich

Die Arbeiter beklagen sich, daß ihr Lebensstandard auch nicht annähernd mit der außerordentlichen Entwicklung der Produktion in den letzten Jahren Schritt gehalten habe. Wenn sie ihn an den Lebenskosten- und Lohnindizes von 1947 und 1951 messen, müssen sie sich tatsächlich irgendwie getäuscht fühlen. Beim ersten Preis-Lohn-Abkommen, im Sommer 1947, wurden die Löhne den nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema berechneten Lebenshaltungskosten angeglichen. Die Gewerkschaften behielten sich ausdrücklich vor, neue Lohnforderungen zu stellen, sobald die Lebenshaltungskosten den Löhnen um mehr als 10% davoneilen sollten. Gegenwärtig, mehr als vier Jahre später, nachdem sich die Industrieproduktion — wie erwähnt — verdreifacht und die industrielle Produktivität verdoppelt hat, hinken die Löhne noch immer um rund 11% hinter den Lebenshaltungskosten her. (Wohlgemerkt, für dieses Zahlenkunststück sind nicht die Indizes, sondern ihre mißbräuchliche Verwendung schuld!) Entgegen diesem Zahlenbild weiß jeder Arbeiter, daß er heute bedeutend besser lebt als vor vier Jahren, als der „Normalverbraucher“ mit 1.800 Kalorien täglich auskommen mußte und die Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel 27mal höher waren als die offiziellen Preise. Dennoch fühlen sich die Arbeiter irgendwie benachteiligt.

Es rächt sich eben, daß man zu einer Zeit, in der das Sozialprodukt kaum halb so groß war wie im Jahre 1937 und wir von diesem halbierten Sozialprodukt verhältnismäßig viel mehr als vor dem Kriege investierten, d. h. für den Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft abzweigen mußten, die Fiktion aufstellte, das Realeinkommen sei trotz Krieg und Nachkriegseinwirkungen ungeschmälert geblieben. Und es rächt sich nun bitter, daß wir auf dieser Fiktion das Gebäude unserer Wirtschaft aufbauten. Wir sind heute die Gefangenen dieser „Realpolitik“.

Als ich damals auf diesen Widerspruch hinwies und die Schwierigkeiten voraussagte, die sich in weiterer Folge aus einer offiziellen Sanktionierung von Fiktionen für die gesamte Wirtschaft ergeben müßten, und dafür plädierte, man solle der Bevölkerung die Wahrheit sagen und die Notwendigkeit von Ein-

schränkungen klarmachen, bezeichnete man mich als „unrealistischen Professor“ und „lästigen Mahner“. Die folgenden Preis-Lohn-Abkommen haben die Experten der Interessenvertretungen auf Grund ihrer eigenen Ziffern und Berechnungen unter sich ausgemacht. (Ich sage auch dies ohne jedes Ressentiment, nur um einen Sachverhalt festzustellen. Im übrigen hat Herr Präsident Böhm, als Vertreter der Gewerkschaftsfraktion am sozialistischen Parteitag, vor wenigen Tagen mit bewundernswerter Offenheit mit anderen Worten genau dasselbe gesagt.)

Gehen wir den Dingen auf den Grund, so finden wir, daß das Realeinkommen der breiten Schichten sicherlich nicht befriedigend ist, aber unter den gegebenen Umständen auch gar nicht befriedigend sein kann. Wohl ist unsere Industrieproduktion gegenwärtig um rund 60% höher als im Jahre 1937, aber in unserer Industrie sind heute auch um rund 60% mehr Menschen beschäftigt als vor dem Kriege; pro Kopf ist also die Leistung gegen 1937 nicht gestiegen. Bedenkt man weiters, daß die Industrieproduktion vor allem in den konsumfernen Zweigen erhöht wurde, die Landwirtschaft erst rund 90% von 1937 produziert, die Leistung des Handwerks vermutlich nur knapp den Vorkriegsstand erreicht, und vor allem in der Verwaltung vielfach unproduktiv gearbeitet wird, ergibt sich, daß unser verfügbares Sozialprodukt, einschließlich der Auslandshilfe, heute vielleicht nur um 10% größer ist als vor dem Kriege. Da wir aber gegenwärtig um rund 60% höher als im Jahre 1937, aber Investitionen verwenden, weiters einen viel größeren Verwaltungsapparat, und zwar nicht nur in der Hoheitsverwaltung, sondern auch bei den Interessen- und Berufsvertretungen und die verschiedenen Wucherungen unserer Wirtschaftsverwaltung zu erhalten haben und schließlich der Anteil der Pensionisten und Rentner an der Gesamtbevölkerung gegenüber 1937 stark gewachsen ist, kann einfach die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten, im ganzen gesehen, noch nicht befriedigend sein.

Wahrscheinlich wurzelt auch die Unzufriedenheit im Grunde gar nicht darin, daß es den Arbeitern absolut schlecht geht. Sie sind aber begreiflicherweise verärgert, weil einige wenige sich einen Luxus leisten, der in krassem Widerspruch zur allgemeinen

Lebensnot unseres Landes steht, und weil man ihm jeweils mehr versprochen als gehalten hat. Außerdem hat man versäumt, die breiten Schichten der Bevölkerung laufend über die wirkliche Lage aufzuklären. Wer über den Tag hinausdenkt, mag auch von der Vorstellung bedrückt sein, daß selbst der bescheidene Lebensstandard, der bisher erreicht wurde, zum Teil nur „geschenkt“, d. h. der hohen Auslandshilfe zu danken ist.

Unbehagen der Unternehmer

Was die wirtschaftliche Situation unserer *Unternehmer* anlangt, so scheint diese auf den ersten Blick durchaus befriedigend. Die Zahl der Ausgleichs- und Konkurse war in den vergangenen Jahren verschwindend klein. Auch rückständige Betriebe fanden bisher ihr Auskommen. Es ist kein Geheimnis, daß vielfach beträchtliche Gewinne erzielt wurden. Die Unternehmer leben durchwegs nicht schlecht, zum Teil recht respektabel.

Trotzdem finden wir gegenwärtig gerade auch in Unternehmerkreisen ein tiefwurzelndes Unbehagen. Eine Zeitlang mag es angenehm sein und vorteilhaft scheinen, im Strome einer Inflation zu schwimmen, keine Absatzsorgen zu haben, Kohle und Rohstoffe von Behörden oder Fachorganisationen zugeteilt zu erhalten, aus dem System verschiedener Wechelskurse Nutzen zu ziehen, und vor allem keine Konkurrenz fürchten zu müssen. Auf die Dauer aber beginnen auch für die Unternehmer die Nachteile der die Inflation eher schürenden als bekämpfenden Wirtschaftspolitik ihre Vorteile zu überschatten. Was nützen hohe Gewinne, denen überdies das Odium der Profitsucht anhaftet, wenn sich diese dann doch nur als Scheingewinne entpuppen. Eine Wirtschaft ist krank, wenn Unternehmer trotz hohen Gewinnen nicht mehr die Substanz ihrer Betriebe erneuern können, wenn sie von der Steuergesetzgebung zu Fehlinvestitionen und sinnlosen Ausgaben förmlich gedrängt werden, wenn die Unternehmer sich sagen müssen, daß es sich nicht lohne, die Produktion auszudehnen und neue Arbeitskräfte zu beschäftigen, erhöhte Verantwortung und Risiken zu übernehmen, weil der Fiskus ohnehin jeden Mehrerlös verschlingt. Unternehmer haben mir versichert, daß sie in der Lage und im Interesse größerer Umsätze auch gerne bereit wären, ihre Preise zu senken, wenn sie nicht immer wieder mit neuen

Preis-Lohn-Abkommen und einer fortschreitenden Geldentwertung rechnen müßten, die ihnen nahelegt, Waren zu horten und Gewinnmargen in Reserve zu halten. Die Initiative vieler exportfähiger Unternehmer bleibt heute im Gestrüpp der zahlreichen Exporthindernisse hängen. Die Pflege guter Beziehungen mit der Wirtschaftsbürokratie und den Exponenten diverser Kommissionen, die wohlbedachte Ausstellung von Fakturen und die gesetzeskundige Abfassung von Steuererklärungen sind heute ungleich ergiebiger als eine mit Mühen und Sorgen verbundene Steigerung der Produktivität. Man muß zugeben, daß dieser Zustand vielleicht von niemandem mehr als von den Unternehmern selbst als ungesund und auf die Dauer unhaltbar empfunden wird.

Der Ruf nach einem gesamtwirtschaftlichen Konzept

Wenn wir nun unsere wirtschaftliche Situation überblicken und an die Fülle der ungelösten Probleme denken, kommen wir zu dem Ergebnis, daß einer Wirtschaftspolitik, die mit Fiktionen und ideologisch verbrämten Argumenten operiert und ohne Bedachtnahme auf wirtschaftliche Realitäten und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge im Grunde nur Gruppeninteressen durchzusetzen trachtet, kein bleibender Erfolg beschieden sein kann.

Für die gegenwärtige Grundstimmung ist charakteristisch, daß heute von verschiedenen Seiten ein *gesamtwirtschaftliches Konzept*, ein umfassender Plan wirtschaftspolitischen Vorgehens, gefordert wird.

Was soll man sich darunter vorstellen?

Gedanken zu einer neuen Wirtschaftspolitik

Übereinstimmung über die Ziele: Unabhängigkeit, befriedigender Lebensstandard, hohe Beschäftigung

Gestatten Sie, bitte, daß ich einige Gedanken zu diesem Thema entwickle.

Ich glaube, daß über die Ziele, die unsere Wirtschaftspolitik anstreben will, weitgehend *Übereinstimmung* herrscht: Wir müs-

sen die *Unabhängigkeit* unseres Landes sichern, d. h. in absehbarer Zeit ohne Hilfe des Auslandes imstande sein, unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage ins Gleichgewicht zu bringen.

Da wir aber dieses Ziel nicht durch eine Senkung unseres ohnehin bescheidenen Lebensstandards erreichen können, weil wir sonst die Unabhängigkeit unseres Landes durch soziale und politische Spannungen gefährden würden, müssen wir eine Lösung suchen, die *gleichzeitig die Unabhängigkeit unseres Landes, einen sozial befriedigenden Lebensstandard und hohe Beschäftigung* gewährleistet.

Diese gleichwichtigen Ziele können jedoch nur durch eine entsprechende Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität erreicht werden.

Unter „Produktivität“ darf man dabei nicht einfach nur die technische Produktivität verstehen, sondern die Gesamteffizienz unserer Wirtschaft und höchstmögliche Wohlfahrt unseres Landes.

Im übrigen kann Österreich in seiner exponierten geographischen Lage zur *Erhaltung des Friedens* nicht besser beitragen, als daß es sich mit ganzen Kräften bemüht, wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität zu erreichen.

Aus diesen lapidaren Wahrheiten ergibt sich zwangsläufig, daß wir unsere bisherige Wirtschaftspolitik unter dem obersten Gesichtspunkte der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität revidieren müssen.

Oder anders gesagt: Unsere Wirtschaftspolitik muß sich sowohl in ihren Grundsätzen, als auch in ihren Einzelmaßnahmen vom Gedanken eines gesunden Leistungswettbewerbes leiten lassen. Der schaffende Mensch, der Unternehmer so gut wie der Arbeiter, Angestellte, Beamte und Freischaffende müssen wieder das Bewußtsein haben, daß es sich lohnt, durch Mehrleistung zu höherem Einkommen zu gelangen.

Hauptpunkte des gesamtwirtschaftlichen Konzeptes

Bitte, erwarten Sie nun von mir nicht ein fix und fertiges Konzept. Ich will aus dem großen Zusammenhang der Wirtschaft nur einige Hauptprobleme herausgreifen und andeuten, in welcher Richtung eine Lösung gesucht werden muß.

Währung

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Steigerung der Produktivität ist eine *stabile Währung*.

Vergegenwärtigen wir uns einen Augenblick folgendes: Ein Vermögen von 100.000 S, erspart im Jahre 1937, ist nach Umwechslung des Schillings in Reichsmark und wieder zurück in Schillinge sowie nach drei Währungsoperationen samt Zins und Zinseszinsen auf rund 13.000 S zusammengeschnitten. Kaufkraftmäßig ist dieser Betrag, nach fünf Preis-Lohn-Abkommen, aber nicht mehr als 2.000 Friedensschilling wert.

Dem kleinen Sparer, der sich vielleicht in jahrzehntelanger Arbeit und unter Entbehrungen 10.000 S für das Alter zusammengekratzt hat, sind in der Kaufkraft von 1937 blanke 200 S geblieben.

Wer trotz allen Enttäuschungen nach der Währungsreform Ende 1947 wieder zu sparen begann und am 1. Jänner 1948 1.000 S einlegte, verfügt heute mit Zins und Zinseszinsen über einen Betrag, der kaufkraftmäßig weniger als die Hälfte (492 S) seiner Einlage Wert ist.

Die Konsequenzen einer solchen Geldentwertung sind für die Gesamtwirtschaft äußerst bedenklich: Geldausgaben und Schuldenmachen werden belohnt, Sparen bestraft. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, für die es schwierig ist, Ersparnisse in Sachwerten anzulegen, verlieren die Möglichkeit, für Alter, Unfälle, Krankheit und sonstige unvorhergesehene Ereignisse vorzusorgen. Die Unternehmer stecken ihre Überschüsse ausschließlich in den eigenen Betrieb, ob es gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht. Die Versicherungen, einmal Träger wichtiger wirtschaftlicher Funktionen, stagnieren, es gibt keinen funktionsfähigen Kapitalmarkt, der die Spargelder sammelt und in jene Kanäle leitet, wo sie den größten Nutzen stiften.

Eine anhaltende Geldentwertung gefährdet aber auch alle Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität. Der Verkäufermarkt sichert auch den unwirtschaftlich arbeitenden Betrieben ausreichenden Absatz. Kein Unternehmer ist bereit, die Preise zu senken, wenn er in Kürze mit neuen Kostensteigerungen rechnen muß. Das Horten von Waren wird mindestens ebenso rentabel wie das Produzieren.

Das Steigen der inländischen Preise, Kapitalflucht aus Mangel an Vertrauen zur Währung sowie die Unmöglichkeit Lieferverträge auf längere Sicht zu konstanten Preisen abzuschließen, drücken auf die Zahlungsbilanz. Nicht zuletzt erschwert die ständige Preis-Lohn-Dynamik die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in ein großes europäisches Wirtschaftsgebiet.

Die Geldwertverschlechterung in den letzten vier Jahren könnte man wenigstens teilweise noch rechtfertigen, wenn es gleichzeitig gelungen wäre, die Verzerrungen der Preis-Lohn-Struktur zu beseitigen. Tatsächlich aber wurden die tiefer liegenden Spannungen im Preis-Lohn-Gefüge — wie ich am Beginne meines Vortrages ausführte — bisher nicht oder nur sehr unzulänglich gelöst.

In den letzten zehn Jahren wurden die Gefahren einer unstabilen Währung — nicht nur in unserem Lande — vielfach unterschätzt. Man stand überall unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit der Dreißigerjahre und versuchte, „Vollbeschäftigung“ *um jeden Preis* zu sichern.

Beschäftigung

Die „*Sicherung der Vollbeschäftigung*“ ist ein Grundsatz in den wirtschaftspolitischen Programmen aller unserer Parteien. Prominente Vertreter aus beiden politischen Lagern haben in den letzten Wochen den hohen Wert einer stabilen Währung anerkannt und sich entschieden gegen alle inflatorischen Experimente ausgesprochen. Im gleichen Atemzug aber vertraten sie die Auffassung, daß sich die Geld- und Kreditpolitik „selbstverständlich“ der „Vollbeschäftigung“ unterzuordnen habe.

Über diesen Widerspruch kann man nicht zur Tagesordnung übergehen. Unsere Wirtschaftspolitik muß finanzielle Stabilität

und zugleich Vollbeschäftigung sichern. Die Praxis in verschiedenen Ländern zeigt, und theoretische Überlegungen bestärken uns in der Überzeugung, daß es grundsätzlich möglich ist, beide Forderungen bis zu einem hohen Grade *gleichzeitig* zu erfüllen. Die Schweiz z. B. hat weitgehende finanzielle Stabilität und praktisch keine Arbeitslosigkeit. (Im September 1951 gab es in der Schweiz 1400 Arbeitslose!) Gewiß, die Schweiz hat seit 150 Jahren keinen Krieg geführt und ihre Wirtschaft unter günstigen Voraussetzungen entwickeln können. Das erklärt auch ihren hohen Lebensstandard. Zugegeben, Österreich kann nach zwei furchtbaren Kriegen heute noch keinen befriedigenden Lebensstandard besitzen. Aber wir könnten, nachdem uns in den letzten vier Jahren Hilfe in Höhe von vier Völkerbundanleihen für die Umschichtung unserer Produktionsstruktur zur Verfügung stand, dem Ziele, Sicherung der Stabilität und Vollbeschäftigung, sicher schon näher sein als heute.

Währungsstabilität und Vollbeschäftigung sind keine Geschenke, die vom Himmel fallen. Sie sind Früchte einer konstruktiven Wirtschaftspolitik, erfordern das Zusammenwirken verschiedener, zum Teil sehr subtiler Maßnahmen.

Budget

Um den Geldwert zu stabilisieren und einen hohen Beschäftigungsstand zu erhalten, bedarf es u. a. auch einer von volkswirtschaftlichen Überlegungen inspirierten *Budgetpolitik*. Der Fiskus muß heute aktiv die Bemühungen um finanzielle Stabilität unterstützen, indem er Höhe und Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen der jeweiligen wirtschaftlichen Situation anpaßt. Dabei kann es sich in Zeiten inflationistischer Entwicklung als durchaus zweckmäßig erweisen, durch Sparmaßnahmen der Hoheitsverwaltung sowie durch Zurückstellung von weniger dringlichen staatlichen Investitionen einen Budgetüberschuß zu erzielen und damit Kaufkraft zu sterilisieren.

Ich kann hier nicht im einzelnen auf die Technik und die Konsequenzen einer solchen elastischen Budgetpolitik eingehen, die,

nebenbei bemerkt, in den anglo-amerikanischen und skandinavischen Staaten bereits seit Jahren praktiziert wird, sondern möchte nur das Gebiet der Steuerpolitik etwas näher beleuchten.

Steuerpolitik

Unser gegenwärtiges Steuersystem ist nicht nur produktivitätsfeindlich, sondern infolge Überschreitung des Steueroptimums auch für den Fiskus unbefriedigend.

Die Belastung der Einkommensempfänger durch direkte Steuern zählt besonders in den mittleren Einkommensstufen zu den höchsten in Europa. Von einem Jahreseinkommen von 16 500 S (770 \$, Wert 1951), das vor dem ersten Weltkrieg nur zu 1 % und vor dem zweiten Weltkrieg zu 2,5 % mit Einkommensteuer belastet war, muß ein Lediger heute fast 17 % Einkommensteuer (einschließlich Besatzungskostenzuschlag) bezahlen. Für ein Jahreseinkommen von 165.000 S (7.700 \$) erhöhten sich die Steuersätze im gleichen Zeitraum von 3 % auf 14 % und 56 %. Da weiters die Unternehmergewinne außer durch die Einkommensteuer noch durch eine Reihe anderer direkter Steuern (Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Körperschaftssteuer) belastet sind, läuft das gegenwärtige Steuersystem auf eine weitgehende, in besonderen Fällen sogar auf eine totale Konfiskation der Gewinne hinaus.

Unter diesen Umständen ist eine im Interesse einer produktiven Entfaltung der Wirtschaft liegende Eigenkapitalbildung nur innerhalb sehr enger Grenzen möglich. Zwar versuchen gesetzliche Investitionsbegünstigungen die Auswirkungen der hohen direkten Steuern zu mildern. Diese Maßnahmen sind jedoch unzulänglich und fördern vielfach Kapitalfehlleitungen. Wer immer kann, versucht auch über das Spesenkonto und auf anderen Wegen dem Steuerdruck zu entinnen.

Unser Steuersystem krankt auch an einem unorganischen Nebeneinander verschiedenster Steuern, die sich gegenseitig ihren Ertrag kürzen und Wirtschaft und Finanzverwaltung mit einem hohen unproduktiven Arbeitsaufwand belasten. Es wirkt vielfach produktivitätsfeindlich.

Ich glaube, daß eine Steuerreform aus folgenden Überlegungen ohne Erschütterung unserer Staatsfinanzen durchgeführt werden kann. Der Ertrag aller veranlagten Steuern, wie der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer, hinkt der allgemeinen Preisentwicklung stets um ein bis zwei Jahre nach. Gelingt es, dank einer entsprechenden Budget-, Kredit- und Investitionspolitik auf längere Sicht finanzielle Stabilität zu sichern, so wird der Anteil dieser Steuern am gesamten Steueraufkommen stark steigen. Darin liegt eine gewisse Reserve, die den vorübergehenden Ausfall von Steuereinnahmen wettmachen und den Übergang zu einer gesunden Wirtschaft erleichtern könnte. Die Steuerreform muß als Teil des gesamtwirtschaftlichen Konzeptes gesehen werden. Wenn dank produktivitätsfördernden Maßnahmen das Sozialprodukt erhöht wird, werden auch die Steuereinnahmen steigen.

Schließlich muß sich die Budgetpolitik ernstlich mit der Frage auseinandersetzen, auf welche Weise die *Ausgaben* des Staatshaushaltes vermindert werden können. Es ist mehr als alarmierend, daß im Voranschlag für das Jahr 1952 die Ausgaben gegenüber 1951 um mehr als 7 Milliarden oder 57% erhöht wurden, wobei es noch sehr zweifelhaft ist, ob dieses Präliminare eingehalten werden wird.

Verwaltungsreform

Wenn von Einsparungen die Rede ist, so muß an erster Stelle die *Verwaltungsreform* genannt werden, obwohl ich weiß, daß man bereits ungläubig zu lächeln beginnt, wenn man dieses Wort hört.

Jedermann wird einsehen, daß eine Verwaltungsreform nur in Verbindung mit einer Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann, die Arbeitsplätze schafft, selbst einen klaren Kurs verfolgt und von vornherein Gesetze vermeidet, die unnütze Verwaltungsarbeit schaffen. Durch Klärung und Abgrenzung der Kompetenzen, Vereinfachung der Instanzenzüge und Liquidierung Selbstzweck gewordener Schreibtische können zehntausende Arbeitskräfte eingespart und einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden.

Es ist ein gefährliches Schlagwort, daß die Verwaltungsreform nur das Heer der Pensionisten erhöht und daher keine nennenswerte finanzielle Entlastung brächte. Die für die Verwaltungsreform Verantwortlichen haben sich bisher immer wieder hinter dieser Behauptung verschanzt. Tatsächlich sind in den letzten zehn bis zwölf Jahren zahlreiche Personen, die früher andere, nicht an den Schreibtisch gebundene Berufe ausgeübt haben, in die Verwaltung der Gebietskörperschaften und der verschiedenen Organisationen hinübergewechselt. Die meisten von ihnen haben noch keine Pensionsansprüche erworben und können daher ohne finanzielle Belastung der öffentlichen Körperschaften wieder in die Produktion zurückgeführt werden.

Die Verwaltungsreform, für die schon viel geistige Vorarbeit geleistet wurde, an die man sich aber mangels einer konstruktiven Wirtschaftspolitik nicht heranwagte, ist zweifellos eine der ergiebigsten Quellen für die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Investitions- und Kreditpolitik

Die Lebensfähigkeit unserer Wirtschaft hängt weiters entscheidend von der *Investitions- und Kreditpolitik* ab.

Wir haben in den vergangenen Jahren überwiegend in den Grundstoffindustrien und im Energiesektor investiert. Daneben haben wir ein gewaltiges Bauvolumen finanziert. Rund 75% der für Industrieinvestitionen bisher freigegebenen Counterpartmittel (41 Mrd. S von insgesamt 81 Mrd. S) erhielten die Ausgangsindustrien; 11% wurden den Zellulose- und Papierindustrien gewidmet. Die ganze übrige Halb- und Fertigwarenindustrie, die annähernd zwei Drittel des österreichischen Industriepotentials darstellt, erhielt nur etwa 14%. Das Gewerbe, das nicht viel weniger Menschen als die Industrie beschäftigt, erhielt bisher aus den ERP-Counterparts insgesamt 14 Mill. S, d. s. 0,4%.

Aber ich spreche hier nicht über eine bereits abgeschlossene Entwicklungsperiode. Unsere ganze Investitions- und Kreditpolitik

(sekundiert von unserem Budget) ist darauf eingestellt, weiterhin einen übermäßig großen Teil unserer Produktions- und Finanzkräfte in langfristige, konsumferne und zum Teil zweifelhaft produktive Investitionen zu leiten, ohne Bedachtnahme, daß eine solche Politik unvermeidlich üble Rückwirkungen auf die Stabilität des Geldwertes und in weiterer Folge auch auf die Beschäftigung haben muß.

Die Modernisierung und der Ausbau der *Eisen- und Stahlindustrie* z. B. hat bereits bisher 13 Mrd. S gekostet und beansprucht, teilweise infolge Ausweitung des ursprünglichen Programms, weitere 12 Mrd. S.

Als vor einiger Zeit die OEEC die ERP-Länder aufforderte, in den nächsten fünf Jahren ihre Produktion um 25 % zu erhöhen, haben die Techniker in der *Energiewirtschaft* den Ball sofort aufgefangen und zu rechnen begonnen, in welcher Größenordnung unsere Wasserkräfte zusätzlich ausgebaut werden müssen. Sie sind dabei zu gigantischen Ziffern gekommen.

Unser *Bauvolumen* ist heute mehrfach größer als vor dem Kriege. Seit Jahr und Tag weiß jeder Einsichtige, daß wir es aus eigenen Kräften nicht halten können und wir uns bemühen sollten, allmählich unsere Produktionsstruktur umzuschichten. Im Grund ist in dieser Richtung bisher nichts geschehen. Im Gegenteil. Die von der Interministeriellen Kommission zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit erarbeiteten Empfehlungen, die Bauarbeiten möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr zu verteilen, wurden von den zuständigen Stellen, vor allem von den öffentlichen Bauherren selbst, in den Wind geschlagen. Wir hatten im heurigen Sommer eine Überkonjunktur im Baugewerbe; gesamtwirtschaftlich bedeutet sie erhöhten Inflationsdruck und verstärkte Landflucht sowie noch größere Winterarbeitslosigkeit.

Ich habe eine große Hochachtung vor den Technikern. Sie sind die Baumeister der modernen Welt. Aber es ist ein Unglück, wenn sie Wirtschaftspolitik machen und wenn niemand da ist, der sie in ihre Grenzen verweist, der ihre Aktivität und ihre Phantasie, der nichts unmöglich erscheint, im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Konzeptes nutzbar macht.

Unsere Investitionspolitik und damit auch weite Bereiche unserer Kreditpolitik wurzeln in dem seinerzeit vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ausgearbeiteten „Long Term-Programm“. Seine Verfasser standen noch stark unter dem Eindruck der kriegs- und nachkriegsbedingten Mangelwirtschaft und suchten die Konzeption der autarken Großraumwirtschaft auf den Mikrokosmos der österreichischen Volkswirtschaft zu projizieren. Sie verlangten für Österreich — ich zitiere wörtlich — „eine in sich vollständig ausgeglichene Wirtschaft“, im besonderen „ein Gleichgewicht zwischen Urproduktion und Fertigwarenindustrie“.

Diese typisch technische Denkweise bestimmt — ungeachtet aller Abschwächungen und Modifikationen durch das erst Ende 1949 gebildete Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten — auch heute noch zu einem guten Teil unsere Investitionspolitik.

Natürlich gibt es für den Ausbau und die „Abrundung“ unserer Grundstoffindustrien einleuchtende Argumente. Wir standen vor der schwierigen Wahl, die zwischen 1938 und 1945 begonnenen Industrieanlagen als mehr oder minder wertlose Torsi abzuschreiben oder sie in einem gesamtwirtschaftlich vertretbaren Umfang fertigzustellen. Unsere ursprüngliche Schwerindustrie war vielfach überaltert und hatte schwer unter Demontagen gelitten. Nicht zuletzt rechtfertigte die starke Nachfrage nach Rohstoffen und Investitionsgütern für den Wiederaufbau, und seit der Korea-Krise auch die internationale Rüstungskonjunktur, großzügige Investitionen in den Ausgangsindustrien.

Aber alles hat seine ökonomischen Grenzen. *Im ganzen gesehen* ist Österreich aus triftigen Gründen das klassische Land arbeitsintensiver Qualitätserzeugung, denn es ist gekennzeichnet durch Kapitalmangel, relative Armut an abbauwürdigen Rohstoffvorkommen, Beengtheit des Binnenmarktes sowie durch ein großes Reservoir überdurchschnittlich gebildeter, zur Facharbeit befähigter Menschen. Wo stünden heute die Schweiz oder die nordischen Staaten, wenn sie sich den Luxus erlaubt hätten, ihre Kräfte in eine „harmonische Entfaltung“ möglichst *aller* Produktionseinheiten zu investieren! Auch die österreichische Wirtschaft kann im Zeitalter der hochentwickelten internationalen Arbeitsteilung und

Spezialisierung ihr Optimum *grundsätzlich* nur durch die Entwicklung jener Produktion erreichen, für die sie einen „relativen Kostenvorsprung“ besitzt. Diese *relative* Überlegenheit oder zumindest gleichhohe Leistungsfähigkeit liegt aber — im ganzen gesehen — nicht auf dem Gebiete der Rohstoffproduktion, sondern in den vielgestaltigen Finalindustrien, und zwar hier wiederum dort, wo es nicht auf Massenerzeugung, sondern auf arbeitsintensive, hochwertige Spezialfertigungen ankommt. Die Förderung von Produktionsrichtungen, für die Österreich relativ ungünstige Kostenbedingungen hat, erschwert nicht zuletzt auch die Eingliederung unseres Landes in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Wohlgemerkt: Die „Abrundung“ und Modernisierung bestimmter Grundstoffindustrien sowie der Ausbau unserer Wasserkräfte innerhalb bestimmter Grenzen war und ist absolut zu bejahen. Unsere Investitions- und Kreditpolitik hat jedoch weit über das Ziel geschossen und Fertigwarenindustrien teilweise verdorren lassen, die auch nach streng kommerziellen Kriterien entwicklungs- und exportfähig sind.

Außenhandel

Leider kann ich auch die Probleme des *Außenhandels*, obwohl sie für unser, in hohem Maße auf Importe angewiesenes Land von schicksalhafter Bedeutung sind, nur cursorisch streifen. Hier überschneiden sich alle unsere Probleme und schürzen sich zu einem Knoten, der nur von einer gesamtwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik gelöst werden kann.

Ich brauche die Notwendigkeit einer Steigerung des Exportes angesichts der versiegenden Auslandshilfe, der gegenüber 1937 bedeutend geringeren Deviseneinnahmen aus dem Fremden- und Transitverkehr sowie des Verlustes fast sämtlicher Kapitalanlagen im Auslande nicht näher zu begründen. Ich habe auch auf die zunehmenden Schwierigkeiten, denen unsere Exportwirtschaft begegnet, schon eingangs hingewiesen. Wahrscheinlich gibt es kein Gebiet, auf dem eine sinnvolle Synthese der Ordnungsprinzipien des Marktes und der direkten Lenkung so fruchtbar ist wie im Außenhandel. Ich denke dabei vor allem an das diffizile

Problem unseres Wechselkurses. Gewiß sprechen wichtige Gründe dafür, den gegenwärtigen offiziellen Kurs nach Möglichkeit zu halten. Ebenso wichtig erscheint es jedoch, den vielen Exporteuren von Fertigwaren, die infolge der inländischen Preis- und Kostensteigerungen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, jede mögliche Exporterleichterung zu gewähren.

Man kann von der Industrie nicht eine bedeutende Steigerung ihrer Exporte verlangen und gleichzeitig Kompensations- und Agiogeschäfte auf ein praktisch bedeutungsloses Maß reduzieren, ohne der Vielzahl von Betrieben, die zum offiziellen Kurs einfach nicht exportieren können, *einen geeigneten Ersatz zu bieten*.

Mangels genereller Richtlinien und Normen ist die Entscheidung über Exportanträge weitgehend dem freien Ermessen der mit der Außenhandelslenkung betrauten Beamten überlassen, die weder Zeit noch Möglichkeit haben, sich ein fundiertes Urteil über jedes einzelne Geschäft zu bilden. Der Exporteur weiß daher im voraus nicht, ob und unter welchen Bedingungen ein Außenhandelsgeschäft überhaupt genehmigt wird. Nimmt er dennoch alle Mühen und Risiken des Exportgeschäftes auf sich, so wird der Antrag oft so schleppend erledigt, daß der Auftrag wegen nicht zeitgerechter Erfüllung storniert werden muß. Eine langfristige Produktionsplanung für den Export ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Unsere gegenwärtige Außenhandelspolitik ist also sowohl für den Exporteur, als auch für den verantwortungsbewußten und gewissenhaften Beamten äußerst unbefriedigend. Das „System“ der unfundierten „Ermessensentscheidungen“ ist darüber hinaus eine Quelle der Korruption, für die am Ende nicht so sehr der Einzelne, als vielmehr die Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht werden muß. Der größte Teil dieser Unzukömmlichkeiten würde allein schon bei stabiler Währung und realistischen Wechselkursen wegfallen.

Vielleicht auf keinem anderen Gebiet wie auf dem des Außenhandels ist es so dringend notwendig, mit den bürokratischen Hemmungen aufzuräumen und sozusagen mit der Verwaltungsreform zu beginnen. Wir haben heute ein Dutzend und mehr Stellen, die den Export fördern sollen, in Wahrheit aber auch den geduldigsten Exporteur zur Verzweiflung bringen. Dieser Zustand

und die lebenswichtige Bedeutung des Außenhandels für unsere Wirtschaft würden es rechtfertigen, die heute auf zahlreiche Stellen verteilten Kompetenzen in einer einzigen zusammenzufassen. Sie hätte die Aufgabe, inspiriert von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, sachkundig und wirklichkeitsnahe die Geschicke des Außenhandels zu lenken.

Nicht zuletzt wird es Aufgabe einer umsichtigen Handelspolitik sein, der österreichischen Exportwirtschaft neue Absatzmärkte zu erschließen und mit den alten traditionellen Handelspartnern wieder engere Handelsbeziehungen anzubahnen.

Landwirtschaft

Ein eigenes Kapitel ist unsere *Landwirtschaft*. Hier ist die Situation völlig undurchsichtig. Es scheint paradox, daß vor 1938 die Inlandspreise für landwirtschaftliche Produkte bedeutend höher waren als die Weltmarktpreise, seit 1945 jedoch darunterliegen, obwohl die Produktivität der österreichischen Landwirtschaft teilweise beträchtlich hinter der des Auslandes nachhinkt. Während wir vor 1938 für importierte Nahrungsmittel hohe Zölle einhoben und so z. B. Butter zu Dumping-Preisen exportierten, müssen heute Milliardenbeträge aufgewendet werden, um die relativ hohen Weltmarktpreise auf die Inlandspreise herabzuschleusen. Auf der anderen Seite genießt die Landwirtschaft aber, wie bereits erwähnt, zahlreiche Begünstigungen; sie zahlt relativ wenig Steuern, bezieht verbilligt Dünge- und Futtermittel und erhält aus verschiedenen Quellen beträchtliche Subventionen. Niemand kann heute sagen, Wer — Wen stützt. Wahrscheinlich lebt man heute auf dem Lande durchschnittlich besser als vor 1938, aber offenbar, wie die anhaltende Landflucht zeigt, noch immer schlechter als in der Stadt. Sicher ist nur, daß die Gesamtproduktion der Landwirtschaft, die noch immer rund 10% unter der von 1937 liegt, äußerst unbefriedigend ist.

Die Landwirtschaft wird sich so lange nicht zu der unbedingt notwendigen Leistungssteigerung aufraffen, als sie sich im Schutze ihrer Fondsorganisationen, die durch das Getreide-, Milch- und Viehwirtschaftsgesetz geschaffen wurden, vor jeglicher Konkurrenz gesichert weiß. Nicht zuletzt hängt die Steigerung der land-

wirtschaftlichen Produktion aber auch von der Stabilisierung der Währung ab. Sobald der Bauer das Geld wieder schätzen kann, wird er nicht mehr in Sachwerte flüchten, sondern wieder möglichst viel von seinen Produkten auf den Markt verkaufen und wieder zu sparen beginnen.

Lohnpolitik

In der *Lohnpolitik* handelt es sich um die wichtige Frage, durch welche Maßnahmen den Arbeitern ein Anreiz für höhere Leistungen geboten werden kann, mit anderen Worten, auf welcher sinnvollen Weise Arbeiter und Angestellte an den Ergebnissen der Produktivitätssteigerung gebührend beteiligt werden können.

Unsere Lohnpolitik muß mehr als heute in volkswirtschaftlichen Kategorien denken. Sie muß davon ausgehen, daß nur höhere Leistungen das Sozialprodukt vermehren und die Voraussetzung für ein gesteigertes Realeinkommen sind. Wir müssen die Methoden der Leistungsentlohnung verfeinern und vorurteilsfrei den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anpassen.

Vom Standpunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung ist die Bindung des Lohnes an die Leistung jeder anderen Form der Erfolgsbeteiligung — etwa einer Beteiligung an Gewinnen, die oft gar nichts mit der Produktivität zu tun haben — vorzuziehen.

Ich konnte im Rahmen meines Vortrages nur einige wenige Hauptpunkte herausgreifen. Jedes einzelne Gebiet unserer Wirtschaft — und es gibt natürlich viel mehr, als ich hier erwähnen konnte — bedarf einer gründlichen fachkundigen Untersuchung. Sie darf sich am Ende nicht auf eine Diagnose und Kritik der bestehenden Verhältnisse beschränken, sondern muß vielmehr — immer unter Bedachtnahme auf die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge — zu konkreten positiven Ergebnissen und Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gelangen.

Wettbewerbsverhältnisse

Meine Darstellung wäre aber doch zu unvollständig, wenn ich nicht wenigstens in knappen Strichen die in der österreichischen

Wirtschaft herrschenden *Wettbewerbsverhältnisse* darstellen und sie in Beziehung zur Leistungs- und Produktivitätssteigerung setzen würde.

Die Enge des österreichischen Marktes, gepaart mit dem Unvermögen auf den Weltmärkten erfolgreiche Konkurrenz zu bereiten, bringt es mit sich, daß in vielen Branchen optimale Betriebsgrößen überhaupt nicht oder nur dann erreicht werden können, wenn sich nur ein oder wenige Unternehmer mit der Erzeugung eines bestimmten Artikels befassen. Eine Marktsituation mit nur wenigen Anbietern ist jedoch erfahrungsgemäß sehr labil und fördert — insbesondere bei Absatzschwierigkeiten — konkurrenzbeschränkende Vereinbarungen und Konzerngebilde, die die Erzeugnisse „wettbewerbsfest“ machen, d. h. sie dem Wettbewerb möglichst entziehen.

Nur wenige haben eine Vorstellung von der überaus starken Konzentration und Kartellierung in der österreichischen Industrie.

Etwa *ein Drittel* aller Warengattungen wird nur von je *einem* Unternehmer, also einem Monopolisten, erzeugt;

für ein *weiteres Drittel* gibt es nur je 2 bis 5 Unternehmungen;
in *einem Sechstel* aller Warenkategorien teilen sich je 6 bis 12 Erzeuger;

nur ein Sechstel aller Warengattungen wird von mehr als 12 Unternehmern hergestellt.

Diese Zahlen geben gewiß kein absolut zutreffendes Bild über die Wettbewerbsverhältnisse, da die Marktposition der Unternehmer nicht nur durch die Zahl der Erzeuger, sondern auch durch die Konkurrenz ähnlicher Inlandsprodukte sowie durch Importe beeinflusst wird. Aber sie erlauben doch zu sagen, daß die Voraussetzungen für einen wirksamen Wettbewerb in der österreichischen Industrie nur sehr unvollkommen gegeben sind. In fünf Sechstel aller Fälle kann die Konkurrenz durch formlose Vereinbarungen leicht auf ein Minimum gedrosselt und ganz ausgeschaltet werden. Aber auch in dem letzten Sechstel sind, wie die Erfahrung lehrt, Abreden durchaus möglich.

In der *Landwirtschaft* ist die Funktion des Marktes durch verschiedene marktregelnde Gesetze weitgehend unterbunden.

Der Neugründung von *Handels- und Gewerbebetrieben* bereitet das sogenannte „Untersagungsgesetz“ große Schwierigkeiten.

Die allseits starke Neigung zu Wettbewerbsbeschränkungen wird durch die *Konzentration der Kreditorganisation* und ihre Verflechtung mit Teilen der Industrie (Konzernpolitik) unterstützt. Niemand kann den Banken einen Vorwurf machen, daß sie sich bei der Gewährung von Krediten an Außenstehende vom Prinzip der „Sicherheit“ leiten lassen. Aber es ist ein Mangel unserer Kreditpolitik, daß heute vortreffliche Ideen, Tatkraft und selbst der Nachweis einer ausgezeichneten Rentabilität und Produktivität meist unberücksichtigt bleiben, nur weil keine ausreichenden Sicherheiten angeboten werden können.

Schließlich kann auch dem *Österreichischen Gewerkschaftsbund* und der *Arbeiterkammer* eine kartellähnliche Funktion auf dem Arbeitsmarkt zugesprochen werden. Diese obersten Interessentenvertretungen der Lohn- und Gehaltsempfänger haben in der Nachkriegszeit mit wenigen Ausnahmen generelle Lohnverhandlungen für die Arbeitnehmerschaft geführt und durch die Preis-Lohn-Abkommen im weiteren Sinne den Wettbewerb auf der Angebot-Seite des Arbeitsmarktes, wie er sonst durch die Lohnpolitik der einzelnen Fachgewerkschaften geschaffen wird, weitgehend ausgeschlossen.

Unter diesen Umständen wäre es wirkungslos, Kartelle zu verbieten. Die im neuen österreichischen Kartellgesetz vorgesehene Registrierung der Kartelle ist sicherlich nützlich, wenn man sich auch bewußt sein muß, daß sie nur ein unvollständiges Bild geben kann.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht vielmehr darin, durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern, daß die Monopole und Kartelle ihre Machtstellung zum Schaden der Gesamtheit mißbrauchen, und Mittel und Wege zu finden, auch in den monopolisierten und kartellierten Betrieben das Leistungsprinzip durchzusetzen.

Eines der wirkungsvollsten Mittel wäre sicherlich die *Liberalisierung des Außenhandels*. Sie mag nicht von heute auf morgen, und nicht gleichzeitig und gleichmäßig auf allen Gebieten, möglich sein. Aber sie muß, in Zusammenhang mit einer sinnvollen Einordnung der österreichischen Wirtschaft in den europäischen (und weltweiten) Wirtschaftszusammenhang eine Richtschnur für unsere Wirtschaftspolitik sein.

Im übrigen haben Verabredungen zwischen Unternehmern nicht notwendig nur die Funktion über Preis- oder Absatzregelung in den Marktmechanismus einzugreifen; sie können z. B. auch auf dem Gebiete der Rationalisierung gute Dienste leisten.

Jedenfalls muß der Gedanke der Leistungssteigerung auch dort Fuß fassen, wo die Konkurrenz nicht voll wirksam werden kann. Auch die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sollten ihre Bemühungen in diese Richtung lenken und die Produktivitätsidee in alle Betriebe tragen. Produktivität ist zu lebenswichtig, als daß sie ein Lippenbekenntnis bleiben dürfte.

Am Ende ist entscheidend, daß ein Unternehmen, gleichgültig ob in privaten Händen oder verstaatlicht, von wirklichen Unternehmerpersönlichkeiten geleitet wird, die es verstehen, die verfügbaren Produktionsfaktoren unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft, optimal zu kombinieren.

Das kann jedoch nur geschehen, wenn die Wirtschaftspolitik Voraussetzungen schafft, die *zwangsläufig* die Initiative und Tatkraft der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten in gesamtwirtschaftlich nutzbringende Bahnen lenkt.

Das Ergebnis: Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der bisherigen, im Grunde produktivitätsfeindlichen Wirtschaftspolitik.

Konzipierung und Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik, die dem Gedanken der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung Rechnung trägt.

Fassen wir zusammen. Hält man sich die tieferen Ursachen für die Labilität der gegenwärtigen Wirtschaftslage und die unbefriedigenden Erscheinungen auf allen Gebieten der Wirtschaft vor Augen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Österreich nur über eine Änderung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und der herrschenden Wirtschaftsgesinnung einen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten und eine dauernde Sanierung seiner Existenzgrundlagen finden kann.

Gewiß ist es aus verschiedenen außerökonomischen Gründen in keinem Lande möglich, ein in allen Belangen optimales Wirtschaftssystem durchzusetzen. Diese Einschränkung gilt besonders für Österreich, das noch immer von vier Mächten besetzt ist, eines Staatsvertrages entbehrt und sich in einer äußerst exponierten und gefährvollen geographischen Lage befindet.

Trotzdem ist es möglich und im Interesse der Sanierung und Erhaltung Österreichs notwendig, an Stelle der bisherigen, vielfach nur improvisierenden, punktuellen, in sich widerspruchsvollen, opportunistischen, den Sparsamen, Tüchtigen und Ehrlichen entmutigenden und darüber hinaus das ganze Volk demoralisierenden und in ihren Auswirkungen absolut leistungshemmenden und produktivitätsfeindlichen Wirtschaftspolitik eine neue Wirtschaftspolitik zu konzipieren und durchzusetzen, die in weit höherem Maße als bisher dem Gedanken der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bisher mehr auf die Analyse unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beschränkt und bin mir bewußt, daß ich die brennende Frage, die Ihnen auf den Lippen liegt, unbeantwortet gelassen habe: *Auf welche Weise* das angedeutete gesamtwirtschaftliche Konzept erarbeitet und durchgesetzt werden soll. Es ist dies eine eminent politische Frage, die ich als Wissenschaftler nicht beantworten kann.

Wenn Sie mir aber gestatten, werde ich dazu *als Bürger unseres Landes* meine Meinung äußern:

Zur Ausarbeitung und Durchsetzung des gesamtwirtschaftlichen Konzeptes

Aufgabe von Parlament und Regierung

Ein gesamtwirtschaftliches Konzept, das praktisch auf eine Revision unserer bisherigen Wirtschaftspolitik hinausläuft und die Entwicklung unserer Wirtschaft in eine neue Richtung lenkt, muß grundsätzlich *von den gewählten Vertretern unseres Volkes gewollt und beschlossen* und *von unserer Regierung durchgeführt werden*. Sosehr es notwendig ist, daß auch die Interessenvertretungen der Unternehmer, Arbeiter und Bauern ein solches gesamtwirtschaftliches Konzept akzeptieren und sich an seiner Ausarbeitung und Durchführung aktiv beteiligen, so muß doch die letzte Entscheidung — und zwar nicht nur formal, sondern wirklich — in den Händen von Institutionen liegen, die verfassungsgemäß dazu berufen sind, die Rechte der Gesamtwirtschaft und des Staates zu wahren. Die gegenwärtige Verquickung von Wirtschaft, Interessen- und Parteipolitik bedeutet für unsere Wirtschaft und für unseren Staat eine ernste Gefahr.

Sinnvolle Kombination zwischen Marktwirtschaft und direkter Lenkung

Aus dem Gleichgewicht der politischen Kräfte in unserem Lande und aus unserer Wirtschaftsverfassung, für die charakte-

ristisch ist, daß neben der privaten Wirtschaft die verstaatlichte Industrie eine große Bedeutung besitzt, sowie angesichts der Tatsache, daß der Markt infolge konkurrenzeinschränkender Bindungen nur unvollkommen funktioniert, ergibt sich von selbst, daß die angestrebten Ziele — Unabhängigkeit, höherer Lebensstandard und hohe Beschäftigung — nur durch eine sinnvolle, möglichst widerspruchsfreie Kombination der *marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien* erreicht werden können. Welches Wirtschaftssystem dabei im Laufe der Entwicklung herauskommen wird, eine mehr freie oder mehr gelenkte Marktwirtschaft, wird von den Umständen abhängen. Überlassen wir es den künftigen Wirtschaftshistorikern, rückschauend festzustellen, welche Etikette für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten vier oder fünf Jahre paßt, die wir für die endgültige Sanierung unserer Wirtschaft noch brauchen. Vielleicht werden wir neue schöpferische Formen unserer Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung entwickeln und vorwärtsschreiten zu einer fruchtbaren Synthese zwischen Freiheit und Bindung.

Wissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftspolitik

Die Ausarbeitung des Konzeptes obliegt naturgemäß den mit der Führung der Wirtschaftspolitik betrauten Stellen. Diese Stellen können jedoch angesichts der Fülle, Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit der zu lösenden Probleme der *helfenden und beratenden Hand der Wissenschaft* nicht entraten. Wirtschaftspolitik ist heute viel zu kompliziert, als daß sie allein mit Erfahrungen von Praktikern und Fingerspitzengefühl gemacht werden könnte. Sie muß heute ebenso wissenschaftlich fundiert sein wie die Praxis des Arztes. Jeder findet es selbstverständlich, daß schwierige Operationen am menschlichen Körper von berufenen Ärzten durchgeführt werden. Den nicht weniger schwierigen Problemen des wirtschaftlichen Organismus aber glaubt man noch immer mit dem sogenannten gesunden, in Wirklichkeit aber durch Interessen und Ideologien meist getrüben Menschenverstand beikommen zu können. Die künstliche Trennung von Wissenschaft und Praxis ist heute in der Wirtschaftspolitik ebenso überholt wie in der Medizin. Nicht, daß der Wirtschafts-

politiker selbst Wirtschaftswissenschaftler sein müßte; aber er tut gut, wenn er auf die Dauer erfolgreich sein will, sich der Hilfe der Wirtschaftswissenschaft zu bedienen. Diese Erkenntnis ist heute in vielen Staaten bereits Allgemeingut geworden. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika z. B. stützt sich auf einen Board of Economic Advisors, der im Auftrage der Regierung zu bestimmten Problemen eingehend Stellung nimmt und mehr oder minder umfassende wirtschaftspolitische Gutachten erstattet. Die wissenschaftlichen Beiräte in Deutschland, das Zentrale Planungsbüro in Holland sowie das Cabinet Office in England erfüllen ähnliche Funktionen. Diese Beispiele zeigen, daß sich bereits in verschiedenen Ländern die Wirtschaftspolitik eines Forums von Volkswirten bedient, das objektiv die wirtschaftlichen Zusammenhänge analysiert, Lösungsmöglichkeiten vorschlägt und die Konsequenzen bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen aufzeigt.

Größte Publizität

Nicht zuletzt ist es notwendig, daß die *breiten Schichten unseres Volkes* selbst durch eine eindringliche und unermüdliche Aufklärung für ein gesamtwirtschaftliches Konzept gewonnen werden. „Der Mann auf der Straße“ muß wissen, worum es geht. Er soll die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen hat, ruhig kennen und er soll auch ihre Sorgen teilen. Man soll in den Fabriken, Kontoren und Ämtern über die wirtschaftlichen Probleme sprechen und sie als ureigene Sachen betrachten lernen. Ein solches Vorgehen bringt uns ein gutes Stück auf dem Wege zu einer wohlverstandenen Wirtschaftsdemokratie weiter. Die Schaffung einer positiven Massenstimmung ist um so notwendiger, als die verantwortlichen Organisationen gezwungen sein werden, der Bevölkerung im Interesse der Sanierung unserer Wirtschaft Opfer zuzumuten.

Ich möchte unsere gegenwärtige wirtschaftliche Situation nicht dramatisieren. Aber unser Land ist wirklich in Gefahr. Ich habe den Eindruck, daß gerade

maßgebliche Persönlichkeiten unseres öffentlichen Lebens dazu neigen, unsere Verhältnisse durch eine rosarote Brille zu betrachten und die ernststen Schwierigkeiten, vor denen wir noch stehen, nicht wahrhaben wollen. Wir werden aber unser Schiff unter größten Anstrengungen nur dann in ein ruhigeres und gesichertes Wasser steuern, wenn wirklich alle Mann an Bord gehen und alle positiven Kräfte unseres Landes in einer Atmosphäre des Vertrauens zusammenarbeiten und ihr Bestes tun.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte

Die *Monatsberichte* (die seit April 1947 wieder regelmäßig monatlich erscheinen) vermitteln ein anschauliches Bild der Lage und der Hauptprobleme der österreichischen sowie der internationalen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes, des Staatshaushaltes, der Preise, der Lebenshaltungskosten und Löhne, der Ernährung, der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Industrieproduktion, der Umsätze, der Arbeitslage, des Verkehrs und des Außenhandels.

Die Monatsberichte werden in zwangloser Folge durch *Beilagen* ergänzt, die besonders aktuelle Wirtschaftsfragen des In- und Auslandes ausführlicher behandeln.

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 1 *Die wirtschaftliche Lage Englands 1947. Juni 1947.*
- Nr. 2 *Das Kraftfahrwesen Österreichs im Jahre 1947. August 1947.*
- Nr. 3 *Die wirtschaftliche Lage Ungarns. November 1947.*
- Nr. 4 *Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahr 1946/1947. Dezember 1947.*
- Nr. 5 *Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft. Jänner 1948.*
- Nr. 6 *Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947. Februar 1948.*
- Nr. 7 *Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungsschutzgesetz. April 1948.*
- Nr. 8 *Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende. März 1949.*
- Nr. 9 *Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949.*
- Nr. 10 *Der Preisindex für Bauleistungen. April 1950.*
- Nr. 11 *Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis 1950. Juli 1950.*
- Nr. 12 *Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger. August 1950.*
- Nr. 13 *Österreichs Beschäftigtenstruktur in den Jahren 1938, 1948 und 1950. Jänner 1951.*
- Nr. 14 *Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.*
- Nr. 15 *Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.*
- Nr. 16 *Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.*

Sonderhefte

In den *Sonderheften* werden vornehmlich Untersuchungen über die Grundlagen und strukturbestimmenden Faktoren der österreichischen Wirtschaft angestellt sowie Hauptprobleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaues behandelt.

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung 1945. (Vergriffen.)*
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft. März 1946.*
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung. November 1946.*
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen. Mai 1947.*
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947. April 1948.*
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie. Mai 1949.*
- Nr. 7 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 und 1949. September 1950.*
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie. März 1951.*

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Dr. Franz Nemschak: *Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik. Februar 1947.*
- Dr. Rolf Grünwald: *Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.*
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948.*
- Dr. Franz Nemschak: *Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept. Dezember 1951.*